Kapitulieren Bochums Theologieprofessoren?

Nr. 32

7. November 1968

10 Pf

Rochumer Studenten 7eitung

universität bochum und klinikum essen

Parlaments-Stenogramm

Seit Semesterbeginn hat das 2, SP dreimal getagt, Ergebnisse in Stich-

24. o. Sitzung, 22. 10.: Der Vorstand berichtete, daß der Verfassungsentwurf für die RUB fertiggestellt worden ist und dem-nächst ins SP eingebracht wird.

Die Stellungnahme des Vorstan-des zum politischen Mandat: Die Hochschulpolitik kann nicht los-gelöst von der Gesellschaft be-trachtet werden. In diesem Sinne wird ein politisches Mandat bean-sprucht

Vor Gericht

Kommilitone K. hatte unter Demonstranten eine Kreuzung mitblockiert. Von zwei Polizisten abgeführt, ließ er sich ziehen, worauf der eine Beamte fragte: Sind Sie beinamputiert? K. zurück: Sie sind wohl hirnampu-tiert! Urteil: schuldig! Ver-warnung und 40 DM Buße. anderer Demonstrant wurde gestern zu 200 DM Geldstrafe verurteilt.

25. o. Sitzung, 29. 10.:

sitzender des Studentenwerks, kündigt zum Januar die Grundsteinlegung für ein Wohnheim an. Die zweite Lesung des Haushalts der Studentenschaft (Volumen 1.142,381 DM) wurde begonnen.

26, o. Sitzung, 5, 11.: Die Nachwahlen der Direktkandi-

daten in den Abteilungen II, III, V, VIII, XII wurden auf die Zeit vom 14. 1. bis 17. 1. 1969 festgelegt. Letzter Meldetermin für Kandidaten der 10. 1969 ten ist der 19, 12, 68,

Angesichts der Ausübung politi-scher Zwänge bei der Anglistik-Zwischenprüfung und der Jura-Klausur faßten die Parlamentarier einstimmig den Beschluß, den Senat aufzufordern, darauf hinzu-wirken, daß in Zukunft keinerlei wirken, daß in Zukunft keinerlei politische Zwänge in Prüfungen oder Klausuren mehr auf die Stu-denten ausgeübt werden.

Die Tagesordnung der nächsten SP-Sitzung (12. 11.) sieht unter anderem vor: Verabschiedung des Haushalts des Studentenwerks, Fortsetzung der zweiten Lesung und Verabschiedung des Haushalts der Studentenschaft; Diskussion der Entwiisfe einer Hochschusselten der Entwürfe einer Hochschulordnung.

o. Sitzung, 29. 10.:
Schultz, geschäftsf. VorSchultz, geschäftsf. Vor-

Juristen-Klausur Wird Gesinnungszwang zur Methode?

zwischenprüfung ein manipulativer Text mit abschließenden politischen Meinungsfragen vorgelegt wurde, scheint diese Praxis auf andere Abteilungen überzugreifen. In der Abteilung Rechtswissenschaften stellte Prof. Sven Erik Wunner Erstsemestern, die gerade drei Wochen in Bochum studierten, eine freiwillige Fragenklausur.

Schon die Fragenstellung präjudiziert die Antwort: "Bejahen Sie eine Gesellschaftsordnung, die allen Mitgliedern, unabhängig von ihrer Leistung und ihrem Können, einen gleichen Güteranteil, d. h. gleiches Einkommen garantiert?" Damit dem Befragten auch ja kein Zweifel kommt, wie er zu antworten habe, wird sofort eine sozial verbrämte, kapitalistische Ordnung nachgeschoben: "Bejahen Sie eine Gesellschaftsordnung, in welcher sich bei Garantie eines allgemeinen angemessenen Lebensstandards der

Nachdem schon in der Anglistik- | darüber hinausgehende Güteranteil des einzelnen ausschließlich nach seiner tatsächlichen Leistung be-

Nachdem er in zwölf Fragen Be-kenntnisse zum bürgerlich kapitalistischen Staat eingesammelt hat, läßt Wunner die Erstsemester noch seiner Hochschulkonzeption Beifall spenden. Nachdem mit den voran-gegangenen Fragen das Leistungsdenken genügend angeheizt wor-den ist, stellt Wunner den ahnungslosen Erstsemestern die hochschulpolitische Gretchenfrage:

"Sind sie daran interessiert, daß Studenten, die für ihr gewähltes Studienfach nicht geeignet erscheinen, möglichst frühzeitig einem an-deren angemessenen Ausbildungsweg zugewiesen werden, oder sollte man die Anforderungen im Examen soweit senken, daß alle Kandidaten bestehen können?"

(Fortsetzung Seite 3)

DR.HAMM Mayonnaise je öfter – je lieber preiswert und gut

Studentenwohnungen in Bochum

In den Bochumer Studentenwohn heimen wohnen rund 1200 Studenumgeben Schlammwüsten und unter der strengen Zucht sexualfeindlicher Hausordnungen.

Unreglementiert leben können Studenten auf der Hustadt in den für Landesbedienteste zu groß geratenen Wohnungen. Dafür müssen sie sich mit den kleinen und gro-Ben Tücken des noch nicht ganz fertigen Objekts herumschlagen.

Privatzimmer kosten mindestens 70 Mark. Überraschungen inbegriffen, Eine Bochumer Witwe suchte zum Beispiel studentischen Schutz vor ihrem gewalttätigen Untermieter. Auch der versprochene "Swimmingpool" im Garten sollte ebenfalls keine Begeisterung hervorrufen, ehe man ihn nicht gesehen hat.

In der nächsten Nummer beginnt unser Tatsachenbericht: "Studentenwohnungen in Bochum".



Krupp-Arbeiter:

Spontanstreik





Arbeiter protestieren - Studenten proben Solidarität

Nachdem in der Vorwoche Tausende Krupparbeiter in Essen und Rheinhausen für höheres Weihnachtsgeld gestreikt hatten, legten am vergangenen Mittwoch 8000 Arbeiter des Bochumer Vereins die Arbeit nieder.

Um 9.15 Uhr standen im Werk die Räder still. Ohne Streikaufruf von seiten der zum Kruppschen Verwaltungsgebäude und besetzten die Eingangshalle. Ihre Forderung: Weihnschtsgeld in Höhe von 80 % des Monatslohns.

Als der Bochumer Verein noch nicht zu Krupp gehörte, gab es 85 %. Im Krisenjahr wurden nur knapp 50 % ge- Wie gehabt.

zahlt. Trotz guter Geschäftslage stellte man in diesem Jahr kaum eine Erhöhung in Aussicht.

Im Protest gegen soziale Demontagen im Schutz von Notstandsverordnungen solidarisierten sich Bochumer Studenten mit den streikenden Arbeitern. Das ängstigte einige vorsichtig taktierende Ver-Gewerkschaft zogen Tausende trauensleute. Sie "verwahrten sich schärfstens" gegen die studentische Einmischung, erklärten den Streik zur "innerbetrieblichen Angelegenheit" und forderten die Arbeiter auf, den Studenten die kalte Schulter zu zeigen, "Ruhe zu bewahren und abzuwarten".



Heute

Seite 2

Akafö

bleibt exclusiv

Heyse

Reise

zu den Vätern



Von anderen Hochschulen

Berlin (FU): Assistenten streiken.

Aus Protest gegen die "Verletzung der wissenschaftlichen Freiheit und akute Bedrohung unserer Rechte auf politisches Engagement" stellten die Assistenten am Institut für Soziologie und im Otto-Suhr-Institut ihre Lehrtätigkeit ein. Der Rek-tor der FU, Harndt, hatte es abge-lehnt, einen Anstellungsvertrag mit dem SDS-Mitglied Bernd Rabehl zu unterzeichnen. Rabehl war von dem geschäftsführenden Direktor des soziologischen Instituts, Claessens als wissenschaftlicher Hilfs-assistent für einen "Arbeitskreis politische Ökonomie" vorgeschlagen worden.

In einem Brief erklärte Harndt er könne dem Antrag nicht ent-sprechen, "da Rabehl sich wiederholt gegen die freiheitlich-demo-kratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes und der Verfas-sung von Berlin und für die "sozialistische Revolution' ausgespro-chen" habe. Inzwischen distanzierte sich der Dekan der wirtschafts- und sozialwissenschaftlichen Fakultät,

Fischer, von Harndt.
Auch die Deutsche Burschenschaft lehnte die politische Bevor-mundung von Hochschulangehöri-gen ab und sieht im Verhalten des Rektors der FU einen Eingriff in die vom Grundgesetz garantierte Freiheit von Forschung und Lehre. Der Protest hatte Erfolg: Rabehl wurde gestern eingestellt.

Berlin (TU): Sitz und Stimme für Assistenten und Studenten

Philosophische Fakultät der Technischen Universität Berlin hat beschlossen, künftig im Ausschuß für Berufungen je einen Vertreter der Studenten und Assistenten Sitz und Stimme zu geben. Mitglie-der der Fakultät beschlossen außerdem, den zwei bisher satzungsmäßig zugelassenen Studentenvertretern die Möglichkeit zu geben, innerhalb der Fakultätssitzung auch an den Beratungen über Berufung, Habilitation und Promotion teilnehmen zu lassen, nachdem die Studentenvertreter die Wahrung der Vertraulichkeit zugesichert hatten.

Köln: Manipulierte Zuhörerschaft

In einem Verfahren gegen den AStA-Vize der Universität Köln, Steffen Lehndorff, und zwei wei-tere Studenten waren die etwa 25 Plätze im Zuhörerraum zur Hälfte von Bundeswehrsoldaten mit Ein-ladungskarten besetzt. Außerdem wurde an diesem Verhandlungsvormittag jedem der Zutritt zum Amtsgericht Köln verweigert, der keine Vorladung vorweisen konnte. Bis zum Prozeßende parkten zwei Löschzüge der Feuerwehr am Appellhof-Platz.

Mit und ehne Kinder
Am 29. Oktober wurde in Marburg
das 1. Wohnheim für Studentenehepaare in der Bundesrepublik seiner Bestimmung übergeben. Es verfügt über elf möblierte 60 qm große Apartments für Ehepaare mit und ohne Kinder und über fünf Einzelzimmer. Das Marburger Stu-dentenwerk hatte für 580 000 DM ein unter Denkmalschutz stehendes Gebäude in der Altstadt umgebaut. Die Mieten im Apartmenthaus be-tragen 2,70 DM/qm. Jedes Apart-ment besteht aus einem oder zwei Zimmern, einer volleingerichteten Küche, Dusche und Diele. Ein weiteres Wohnheim für Studentenehe-paare mit über hundert eingerichteten Wohnheimplätzen ist geplant.

TH Aachen: SDS verboten

38Vol.%

Der Senat der TH Aachen beschloß Sozialistischen Deutschen Studen-tenbund nicht mehr als politische Hochschulgruppe zuzulassen. Gleichzeitig verweigerte der Se-

nat die Zulassung des "Politischen Arbeitskreises" als neue Hochschul-

Übernehme sämtliche schrift-lichen Arbeiten in deutscher Sprache, ausgenommen Physik und Mathematik. Telefon: 64180

SHB-Programm

Im Vordergrund der Arbeit des Sozialdemokratischen Hochschul-bundes an der Ruhr-Universität wird im Wintersemester das Verhältnis zu SPD und APO stehen. In einem Arbeitskreis wird das Partei-programm der SPD anhand der "Sozialdemokratischen Perspektiven..." einer Analyse unterzogen.

Die Theoretischen Ergebnisse sollen dann in der Praxis die Aktivitäten von SHB-Mitgliedern in den Ortsvereinen bestimmen. Ein weiterer Arbeitskreis wird sich mit effizienten Methoden zur Bekämpfung der NPD beschäftigen.

Darüber hinaus ist eine Wochenendveranstaltung geplant, die einen Überblick über den gegenwärtigen Standpunkt und die Funktion einer sozialistischen Kunst geben soll. Als Anschauungsmaterial werden Film-vorführungen in Zusammenarbeit mit dem Filmclub und eine Kunst-ausstellung dienen. Die Kontakte zu ESG und KSG sollen ausgebaut, die Diskussionen mit HSU und SDS verstärkt weitergeführt werden.





Abfragen von Vorurteilen

Stellungnahme der Fachschaft Jura zur Anfänger-Klausur

Der Vorstand der Juristischen Fachschaft gab zur Erstsemester-klausur von Prof. Wunner folgende Stellungnahme ab:

Der Vorstand der Juristischen Fachschaft hat immer wieder mit allem Nachdruck darauf hingewie-sen, daß es die Hauptaufgabe einer Reform der juristischen Ausbil-dung sein muß, die politische Relevanz der Jurisprudenz hervorzuhe-

Prof. Sven Erik Wunner unter-zeichnete das Marburger Manifest, in dem zu lesen steht: "Die durch das Grundgesetz garantierte Freiheit der wissenschaftlichen For-schung und Lehre und die nur hieraus ableitbare Hochschulselbstverwaltung ist den Hochschulen um der Sache willen, d. h. zur Abwehr wissenschaftsfremder Einflüsse gewährt worden.", dann fühlte er sich beworden.", dann fühlte er sich be-müßigt, seine Ansichten vom poli-tischen Inhalt des Bürgerlichen Gesetzbuches in einer Klausur durch Fragen, deren Antworten vorfabriziert waren, erstsemestri-gen Studenten abzufragen. Ledig-lich die ersten drei Fragen der ge-samten Klausur sind Lernfragen, Wissensfragen. Danach geht es nur noch um die Überzeugung des ein-zelnen. "Sind Sie der Überzeugung, daß in unserer freien Wirtschafts-ordnung im Vergleich zu einer staatssozialistischen Wirtschafts-ordnung die Güterversorgung des einzelnen Konsumenten verhältnis-mäßig gut oder verhältnismäßig schlecht funktioniert?" Eine schöne Überzeugungsfrage! Wäre es eine Wissensfrage, so könnte man Herrn Wunner ja erläutern, daß im so-

Studenten sind nicht vertreten

"Die Zukunft des modernen Men-schen" ist das Motto, unter dem vom 6. bis 13. November die Dortmunder Hochschultage stattfinden. Das Einführungsreferat "Zukunft

des Menschen aus wissenschaftlicher Sicht" hielt am Mittwoch Prof. Mohr (Uni Freiburg). Heute referiert Prof. Behrendt von der FU Berlin über "Die dynamische Geellschaft". Ferner sprechen Prof. Harmsen, Universität Hamburg, Prof. Heer aus Wien und Prof. Baitsch von der Universität Frei-

Studenten sind bei den Hoch-schultagen nur als Zuhörer zuge-

zialistischen Lager die medizinische oder schulische Versorgung des einzelnen recht gut ist, daß Grund-nahrungsmittel und Wohnraum im Verhältnis zum Durchschnittslohn auch wesentlich günstiger sind als bei uns. Doch hier ist ja nur nach unserer Überzeugung gefragt! Lei-der! Denn daß noch mehrmals nach den Unterschieden zwischen freier Marktwirtschaft und sozialistischer Staatswirtschaft gefragt wird, zeigt, daß Herrn Wunner hier noch einiges zu erklären wäre. Es zeigt mehr als deutlich, wie unpolitisch Herr Wunner ist. Wie könnte er sonst zwei Jahre nach der Einführung der "Konzertierten Aktion" und 5 Jahre nach Beginn des "Neuen Ökonomischen Systems der Planung und Lenkung" noch eine solche Gegenüberstellung konstru-

So mußte der Vorstand der Juri-stischen Fachschaft zwangsläufig zu der Überzeugung gelangen, daß diese Fragen gar nicht differenzieren wollen, sondern lediglich infiltrieren. Ein solches Abfragen, das nur Vorurteile der Schule konservieren soll, erscheint uns weder kritisch noch rational, sondern wissen-schaftsfremd und muß von uns abgewehrt werden!

Vorstand der Juristischen Fachschaft

Sind ev. Theologen inkompetent?

Fakultätssitzung der evgl. Theologen vor der Alternative Volkskirche als Zwangskorporation oder freiwillige Bekenntniskirche

Der "Arbeitskreis Taufe und Ge-meinde" ist ein Zusammenschluß von Pfarrern in der rheinischen und westfälischen Kirche, die für Abschaffung der Kindertaufe

Dieser Arbeitskreis hat die Evangelische-Theologische Abteilung ge-beten, ein Gutachten zur Tauffrage abzugeben. Die Fakultät beschloß daraufhin am 23. 10. 68, die Frage nach Vorerörterung durch den Dekan und einen zweiten Professor zu behandeln. Der Vorschlag des Dekans, ein wahrscheinlich klassi-sches Beispiel zum Thema "Universität und Gesellschaft" soll auf der kommenden Fakultätssitzung behandelt werden. Hier der Wortlaut:

"Sehr geehrte Herren! Im Namen der Evangelisch-Theo-logischen Fakultät der Ruhr-Universität Bochum danke ich Ihnen verbindlich für Ihr Schreiben vom 15. 8. 1968. In der letzten Sitzung der Fakultät ist über Ihre Bitte um ein Gutachten in der Tauffrage gesprochen worden. Nach genauer Erwägung aller Umstände hält es die Fakultät bei dem gegenwärtigen Stand der Diskussion nicht für an-gebracht, auf die Anfrage einer be-

einzugehen. Wie uns bekannt ist, ist der gesamte Problemkreis zur Zeit einer von der EKD dafür eigens eingesetzten Kommission zur Bearbeitung übergeben worden. Die Ergebnisse der Arbeit dieser Kom-mission müßten die Grundlage für die weitere Behandlung dieser Problematik auch in der Rheini-schen Landeskirche bilden. Außer-dem dürfte es sehr schwierig sein, in dieser Frage eine einheitliche Stellungnahme unserer Fakultät zu gewinnen, da die theologischen Auffassungen ihrer Mitglieder sehr weit auseinandergehen und die gegensätzlichsten Gesichtspunkte be-gründet werden können. Zu der theologischen Frage der Kinder-und Erwachsenentaufe existiert eine umfangreiche theologische Li-teratur, auf die wegen der Sachproblematik jeweils verwiesen wer-den kann. Es wäre nicht sinnvoll diese um ein weiteres Papier zu vermehren, das nur die bereits aus-giebig behandelten Gesichtspunkte erneut darstellen könnte. Die Klä-rung der kirchlich-rechtlichen Fragen wiederum ist nicht Aufgabe un-serer Fakultät, sondern der zuständigen Gremien der Landeskirchen. Das Fach "Kirchenrecht" ist in unstimmten Gruppe zu dieser Frage serer Fakultät zudem nicht vertre-mit einer offiziellen Stellungnahme

Ich bitte Sie deshalb um Ihr Verständnis, wenn wir von der Erstel-lung eines Gutachtens absehen

Der "Arbeitskreis Taufe und Ge-meinde" wird von einigen hundert Pfarrern unterstützt. Selbst Karl Barth hat für ihn Stellung genommen. Die Kirche hingegen hat die Pfarrer, die ihre Kinder nicht tau-fen ließen, in der Regel in der Ge-haltsstufe zurückgesetzt bzw. ihre berufliche Laufbahn gehaltsmäßig gestoppt: sie werden keine beam-tete Pfarrer, sondern bleiben Pfarrverweser. Ein Gutachten der Fakultät hätte für sie eine echte politische Hilfe bedeutet. Der Dekan aber sieht sich außerstande, zu einer Frage Stellung zu beziehen, über die jeder bewußte Christ zwangsläufig eine Entscheidung zu

Schikanen vom Akafö

Vor fast zwei Jahren stellte ein Student der RUB beim akademischen Förderungswerk einen Antrag auf Mitglied-schaft. Die endgültige Antwort trägt das Datum vom 30. 10. 1968. Es heißt dort: "Der Vor-trad des AFW hei in generaten. stand des AFW hat in seiner heutigen Sitzung beschlossen, Ihrem Antrag . . nicht zu ent-sprechen. Der Vorstand hat sich von folgenden Überlegungen leiten lassen: ... Begründet wird die Ablehnung mit einigen Hinweisen auf die ohnehin nur formale Funktion der Mitgliederversammlung des AkaFö und die allerorten institutionalisierte und funktionierende Zusammenar-beit zwischen Studentenschaft und AkaFö, "Eine Beteiligung von Studenten in der Mitgliederversammlung ist deshalb auch nicht geeignet, das Zu-sammenwirken von Studentenschaft und AFW zu fördern."

Abgesehen davon, daß die "erfreuliche Zusammenarbeit mit der Studentenschaft" eine nicht unumstrittene Feststellung ist, bleibt die Frage, war-um sich das AkaFö bei der Be-m. . Einzelpersonen können Mitglieder des Vereins werden." (§ 3,2) sowie "Den Studenten der Ruhr-Universität Bochum soll die Mitwirkung in den Organen des Förderungswerkes offenstehen." (§ 20,1). Daß die Mitgliederversammlung eines der Vereinsorgane ist, geht aus § 6 eindeutig her-

Niemand könnte etwas da-gegen haben, wenn das AkaFö intsächlich so privat wäre, wie es sich gibt. Tatsächlich ver-waltet dieser Verein aber Mil-lionen öffentlicher und stu-dentischer Gelder. Den Studen-ten soll die Mitwirkung in den dentischer Gelder. Den Studenten soll die Mitwirkung in den
Organen dieses Vereins entzogen werden. So will's der
Vorstand, nicht aber die
Satzung. Jeder Student der
RUB ist aufgefordert, mit
einem formlosen Antrag auf
Mitgliedschaft die Probe aufs
Fremmel westellen oh an die Exempel zu stellen, ob an dieser Universität und ihren Ein-richtungen verbrieftes Recht oder persönliche Willkür zum Zuge kommen. -rd-

Nach Abzug von 3%



Zum Gründungskongreß eines Aktionsbündnisses zur Bundestagswahl versammelten sich am 2. November 2000 Arbeiter, Angestellte, Studenten, Mitglieder von Parteien und Gewerkschaften in der Dortmunder Westfalenhalle.

Ziel dieses Bündnisses, das sich auf die Arbeiterschaft im Verein mit allen Schichten, die den gegenwärtigen wirtschaftlichen und politischen Herrschaftsverhältnissen unterworfen sind, stützt, ist es, eine sozialistische Alternative zu den bestehenden Parteien zu bilden.

500000 Mark für kranke Studenten

Das Studentenwerk muß in Kürze neue Tarife abschließen

Vor einer äußerst schwierigen Entscheidung steht das Studentenwerk wegen der Krankenversorgung, Bekanntlich sind fast drei Viertel aller Ranntlich sind fast drei Viertei aller Ruhr-Studenten über die Sozialbeiträge mit einer Prämie von 48 DM pro Semester für den Krankheitsfall versorgt. Jetzt aber ist die DSKV-Zentrale in Berlin unfreiwillig in die roten Zahlen geraten und schlägt eine Erhöhung der Prämie auf 75 DM vor. Hier müssen Bochums Studentenvertreter, wollen sie nicht einen Proteststurm auf len sie nicht einen Proteststurm auf die Baracke 8 riskieren, nein sagen.

Andererseits ist kaum denkbar, die Studentenschaft ohne Kranken-schutz zu lassen. Denn im vergangenen Geschäftsjahr 1967 zahlte das Studentenwerk genau 223 060,22 DM, also fast eine Viertelmillion Mark, für ärztliche Behandlung

gleich

in den...

ambulante Behandlung mit 62 961,44 DM, chirurgische Zahnbehandlung mit 34 790,68 DM, Apotheken 37 802,94 DM, Krankenhauskosten 63 702,58 DM, und auch Entbindungskosten schlugen mit 9485,43 DM zu Buche. Zahlen, die wohl jeden Kritiker der studentischen Sozialversicherung verblüffen müs-

Mit diesen Leistungen steht die Geschäftsstelle der DSKV in Bochum zwar finanziell günstig da, denn die Leistungen waren niedriger als das gesamte Prämien-aufkommen. Doch haben andere Studentenschaften in der Bundes-republik ihr Konto überzogen und die DSKV insgesamt in die roten Zahlen gebracht.

Nach Abzug von 3%

Hauntkosten verursachten die ! nahmen und Ausgaben 874 952 DM gerade das Parlament passiert hat — und den Ausschüssen diskutiert. Verträge mit öffentlichen Kranken-Versicherungen sind, bei Licht be-sehen, zu teuer. Was bleibt, wäre die Möglichkeit, die bisherigen Prämien sogar zu senken auf unter 40 DM pro Semester, nur dürfte dann niemand mehr, wie jetzt mög-lich, befreit werden. Ulrich Dröge

Ruf erhalten

Einen Lehrauftrag an der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der RUB erhielt Paul Gert Beckerath, Direktoriumsmitglied der Farbenfabriken Bayer AG. Leverku-Zahlen gebracht.

Auswege werden seit einigen
Tagen im Studentenwerk — dessen
Haushaltsplan für 1969, in Ein
leiner deutschen Universität ein
Mann der Praxis Vorlesungen über
Probleme betrieblicher Personalpolitik halten.

Nach Abzug von 3% Rückvergütung für Mitglieder In KONSUM-Fleischläden Schweinenacken ein saftiger Braten 500g "Gold" röstfrisch, vollaromatisch, eine der meistgekauften Mischungen 500g "Santes Crues" eißwein naturrein, lieblich süß 1/1 Flasche Hamburger Aquavit 40Vol.% Weinbrand "Privat" **GEG-Doppelwacholder**

je 1/1 Flasche

Rückvergütung für Mitglieder Rückvergütung für Mitglieder "Feldkrone" Weizenmehl Kabeljautilet in Läden mit Frischfischverkauf Type 405 1-kg-Beutel Ung. Jonathan Rosinen süßer, saftiger, farbiger Apfel 500-g-Btl. ausgesuchte Qualität Satsumas **margarine** "Bückeburger Stolz kernlos, sub und vollsaftig hochfeine Spitzenqualität Delikateß-Wurstaufschnitt Holl. Kondensmilch DelikateB-Schinkenspeck Brechbohnen I am Stück 250 g fadenfrele Züchtung 1/2 Dose TIKO Ganze Schollen Champignons küchenfertig paniert 2 Stück im Paket I. Wahl, als Beilage v. für Salate 1/2 Dose Seelord Heringstopt Vollwaschmittel 220-g-Dose großes Gewicht, kleiner Preis 3-kg-Traget Keine Umwege

rung in Regensburg wurde das "Scheißstück" zum Erfolgsstück,

weil sich die dramaturgische Fehl-einschätzung wiederholte. Der

überschätzte das Antikriegsstück

überschätzte das Antikriegsstück ebenfalls, lobte es wegen "wehrzersetzender" Qualität und gab dem Theater keine Bundeswehruniformen heraus. Seine Untergebenen gingen zur Vorwärtsverteidigung über (Marschbefehl: "Der Besuch dieses Stückes ist grundsätzlich freiwilligi") und ließen als Zivilguerillas durch Trillerpfiffe die Premiere platzen (vgl. FR, 24. 2. 68). Purer Aktivismus hat diese kleine radikale Minderheit nicht wahrneh-

radikale Minderheit nicht wahrneh-

men lassen, daß sie nur ein Schein-

Divisionsgeneral

ortsansässige

leisten können."

Kritische Justiz

Vierteljahresschrift Heft 1

"Kritische Justiz" ist eine neue Zeit-schrift: sie will Offentlichkeit ermöglichen für eine kritische Rechtswissen-schaft, für die Aufdeckung des Bezuges zwischen Recht und Gesellschaft, sei-nen politischen und sozialen Implika-

W. Hofmann, Die Krise des Staates und das Recht

St. Leibfried, Wissenschaftsprozeß und politische Offentlichkeit (Zum politi-schen Mandat)

J. Selfert, Verfassungskompromisse und Verschleierungsnormen in der Notstandsverfassung

Perschel, Situationsmotivierte Kriegsdienstverweigerung und Innerer Bundeswehreinsatz

H. Hannover, Demonstrationsfreiheit als demokratisches Grundrecht Kommentare / Entscheidungen

In Heft 2/68 November

T. Ramm, Nationalsozialismus und Ar-

E. Küchenhoff, Informierungsrechte der Gewerkschaften im Betrieb L. Unterseher, Bürgerliches Arbeits-recht oder die Zerstorung der formalen

P. Römer, Art. 12 a GG und Europ, Menschenrechtskonvention

H. Jäger, Strafrecht und nationalsozialistische Gewaltverbrechen

Beiträge zur Reform der Juristischen Ausbildung und zum Thema Justiz und Außerparlamentarischen Opposition

H. Ridder, Zur Verfassungsdoktrin des O. Radke, Zur Zulässigkeit von Tarif-ausschlußklausein

W. Perschel, Demonstrationsrecht und

Einführungspreis Heft 1/68 (bis 31, 12.) 4 DM. Im Jahresabonnement 20 DM/ einzeln 6 DM, Studenten und Referen-dare jährlich nur 16 DM, Prospekte und Bestellungen beim Verlag.

6 Frankfurt - Postfach 270

Wolfgang Friedmann Recht und sozialer Wandel

Mit einem Vorwort von Spiros Simitis 1968, ca. 500 Selten, Leinen ca. 80 DM

Peter Thoss Das subjektive Recht in der gliedschaftlichen Bindung

Zum Verhältnis von Nationalsozialis-mus und Privatrecht. 1968, 154 Seiten, Leinen 20 DM

Jürgen Seifert Der Notstandsausschuß

res novae Band 63 1968, 249 Seiten, S 249 Seiten, Snolin-Broschur 16,80 DM

Europäische Verlagsanstalt

Wird Bochum bombardiert? Heyses neuer dramaturgischer Versuch

Das Bochumer Schauspielhaus beginnt seine Auseinandersetzung mit aktuellen Problemen in dieser Saison Mitte November mit der Premiere eines Antikriegsstückes von Joseph Heller: WIR BOMBARDIE-REN REGENSBURG ("We bombed in New Haven"). Intendant Schalla, der die Regie an seinen Oberspiel-leiter abgegeben hat, lädt ein zum Go-in zu Studentenpreisen.

Das Stück hat bei der deutschen Erstaufführung in Berlin selbst starken Beschuß von Publikum und starken Beschuß von Publikum und Kritik erlitten: "Spielchen mit Bömbchen, das noch den Tod zum Tödchen macht." (FAZ, 24, 9, 68) "Was ist mit unseren Dramatur-gen?" fragte F. Luft (Die Welt, 24, 9, 68) "War bei der Lektüre die Inkompetenz dieses Stoffes so gar nicht zu erkennen?"



Aufsehen erregt zur Zeit Heyses moderne Inszenierung von Shakespeares

Der subventionierte **Bochumer Professor**

Ungleiche Förderung beim Hustadt-Projekt

Der Bochumer Subventionsordinarius wohnt in der Hustadt. Nicht mehr allein in den Gefilden wissenschaftlichen Wettstreits, auch beim Rangeln um soziale Unterstützung ist der Student seinem Meister ein-fach nicht gewachsen. Man möchte fast wieder an naturrechtliche Dogmen glauben: Dumm geboren und arm gestorben. Der Sozialdarwinismus kann sich nur mühsam umhül-len mit dem armseligen Kleid aus sozial- und rechtsstaatlichen Fa-

Man hat in der Hustadt teuer ge-baut; man baute für Professoren. Der Landessäckel hat viel mitfi-Der Landessacket hat vier hier nanziert. Da die Universität gegen-wärtig noch nicht in der Lage ist, alle Wohnungen mit ihren Bedien-steten zu füllen, dürfen Studenten diese Lücke für die nächsten drei, vier Jahre füllen helfen. Dafür zah-len sie für eine Wohnung von etwa len sie für eine Wohnung von etwa 120 m² DM 615,— einschließlich der wichtigsten Nebenkosten. Alle Bemühungen, diese Preise vernünf-Bemuningen, diese Preise vernun-tig zu gestalten, verliefen erfolglos. Jüngst stellte sich bei einem Ge-spräch mit einem Vertreter des zu-ständigen Ministeriums der Grund dafür heraus: Diese Wohnungen waren für sozial gut gestellte Be-dienstete der Universität gedacht. Der Quadratmeter wurde mit etwa 563,— DM aus Landesmitteln bezuschußt. Für einen Studenten liegt der normale Bewilligungssatz aber bei 300,— DM. Der Schluß, der im-mer wieder zu hören war, lag also nahe: Es waren schon genug Schwierigkeiten zu überwinden, euch überhaupt diese (hoch subven-weiten werden werden gegen diese tionierten) Wohnungen zugänglich zu machen, seid also dankbar. Glücklicherweise sollen wir nur vier Jahre die Heime bewohnen, die besseren Menschen vorbehalten sind. Es bleibt zu hoffen, daß dieser Statuskonflikt von den meisten Hustadt-Studenten verhältnismä-ßig neuroselos durchgestanden neuroselos werden kann.

Interessant bleibt

DSU gründet neue Gruppen

die Subventionsdiskrepanz zwischen sozial Schwachen und sozial besser Gestellten in unserem Land

der lächerliche Honnefbetrag von 290,- DM, wenn von öffentlicher

Seite dem Studenten Wohnungen angeboten werden, deren Miete allein sich auf 120,— DM beläuft die Weigerung öffentlicher Stellen, den gesetzlichen Wohngeld-zuschuß auch an Studenten zu be-

dern (und mit den sich daraus er-gebenden Methoden), muß mit mehrmonatiger Gefängnisstrafe wegen Aufruhrs rechnen. Das Bauprojekt Hustadt ist nur ein winzi-ges Symptom. Es fügt sich aber nahtlos ein. Der Schlüssel, nach dem unser gesellschaftliches Ver-mögen verteilt wird, wird immer weniger rätselhaft.

alles gefallen lassen dürfen. Rainer Duhm

Prüfungsvorschlägen

Wahlpflichtfach aus einer beliebi-

Reformprogramm

Zu neuen Vorsitzenden der Fach-schaft Jura wurden Jörder (SHB) und Pernak (unabh.) gewählt. Dem

neuen Vorstand wurde von der Vollversammlung der Auftrag er-teilt, bis zum 1. 12. eine erneute Fachschaftsvollversammlung einzu-

berufen, die sich mit dem Problem

Scharfe Kritik übte die Fachschaft

an Praktiken Professor Sandrocks: Sandrock fordert, Hausarbeiten

während der vorlesungsfreien Zeit abzuliefern. Die Fachschaft sieht

hierin eine unverantwortliche Benachteiligung der sozial schwächer

gestellten Studenten, die während der Semesterferien arbeiten müs-

Studienreform beschäftigen

Der Staat, wer immer das sei, fordert Loyalität, weil er sozial und rechtsstaatlich sei. Wer demonstriert mit dem ernsthaften Ziel, die kritisierten Zustände zu veränden vord mit den sich daraus ereignis, für dessen Publizität es letztlich selbst durch sein autoritäres, bürokratisches Verhalten erst sorgte, als Zeichen von Kollegiali-tät und Aufgeschlossenheit zu ver-kaufen. Was vormals Kündigungssituation, taucht wieder auf als Persilwerbung. Die Einwände sollen aber nicht verhindern, Schallas Go-in Einla-dung auf Heyses Versuch mit dem pazifistischen Appellstück zu be-ziehen. Heyse selbst wird das si-cher begrüßen, versuchte doch auch er schon einmal erfolglos, im Bo-chumer Schauspielhaus politische

Es bleibt die Frage, ob wir uns

Soziologen mit neuen Wirtschaftler nicht in Fakultät vertreten

Stellungnahme zu proben.

Der Fachschaftsvorstand der Sozialwissenschaftler legte dem Plenum ein Arbeitspapier vor, das Grundsätze als Alternative für eine Neuordnung des sozialwissenschaftlichen Studiums umreißt. Unter anderem soll anstatt der Prüfungen lediglich der Teilnahmenachweis an einer Mindestrahl, von Übungsen Der scheidende Vorstand der Fachschaft Wirtschaftswissenschaften legte der Vollversammlung ein Konzept über die Beteiligung studentischer Vertreter an Fakultäts-sitzungen zur Abstimmung vor. Dieses Papier, das den studen-tischen Vertretern lediglich in Fra-gen der Vorlesungsplanung und der Studieserdnung beschließendes an einer Mindestzahl von Übungen Studienordnung beschließendes Stimmrecht einräumt, wurde als "Unverschämtheit" und "unvertret-bare Zumutung" bezeichnet. notwendig sein; Zensuren werden abgeschafft. Die Pflichtfächer werden nach Vorschlag der Fachschaft beschränkt auf Soziologie, wahl-weise Sozialpsychologie oder poli-tische Okonomie; hinzu kommt ein

sich mit diesem Kompromiß zufriedengegeben, ohne eine konkrete Alternative für zukünftige Reformforderungen entwickelt zu haben. Mit großer Mehrheit wurde der Entwurf abgelehnt.

Zum neuen Fachschaftsvorsitzen-den wurde Wolfhard Wetzel (HSU) gewählt. Wetzel will ein Team konstituieren, das kollektiv die Fachschaftspolitik vertritt. Inter-essenten an dieser Arbeit sollen sich mit ihm in Verbindung setzen.

sammlung dieses Semesters wählte Annette Heuser (SDS) zur neuen Fachschaftssprecherin; ihr Stellvertreter ist Ulrich John (HSU).

Beide sprachen sich für die Notwendigkeit aus, die Fragen nach dem gesellschaftlichen Standort und der Wirksamkeit wissenschaftlicher Praxis konkret zu formulieren. Um dieser Diskussion eine theoretische Basis zu schaffen, wurde eine Germanisten-Zeitung projektiert.

Auch sollen Modelle erarbeitet werden, wie die ungenügende Mitarbeit in Seminaren durch kollek-tive Referate verbessert werden

gen Abteilung. Dieses Papier wurde von der Vollversammlung verabschiedet und der Fakultätssitzung am 30.10. als Antrag zur endgültigen Neurege-Zum neuen Fachschaftsvorsitzenlung des Studienganges eingereicht. Juristen forcieren

Neues von Fachschaften

Germanisten-Zeitung

Die erste Germanisten-Vollver-

INSTITUT FUR KONTAKTLINSEN



WIPRO 68/69 IST DA

sportlich - preiswert - voller Leben

- zünftige Skireisen
- preiswerte Sammel-Fahrten und Flüge
- ein rundes Ferienangebot für Studenten

Fragen Sie nach dem neuen Programm bei

Studenten-Reisedienst Bochum Lennershofstraße 66 oder direkt bei dem

Deutschen Studenten-Reisedienst, 53 Bonn, Dietkirchenstr. 30

...........





Werden Sie ein Vergölst-Kunde!



Olympia

Schreibmaschinen Sonderangebote, Miete, Mietkauf WYWIAS- Bochum - Südring 19

Resümee. Aus 8 Gruppen bei der

pen geworden. An 9 weiteren Hoch-

schulen stehen Gründungen bevor. In der dreitägigen Diskussion wurden neben einem Reformvor-

schlag zur Hochschulstruktur mehrere Resolutionen verabschiedet. So fordert die DSU:

 Die Verabschiedung eines bun-deseinheitlichen Ausbildungsförderungsgesetzes.

2. Die Errichtung einer zentralen

In München zog die im April 1968 mäßiger Forschungsmittel durch gegründete DSU auf ihrer 2. Delegiertenversammlung ein erstes Resümee Aus 8 Gruppen bei der Schalber Stellen abhängig gemacht wird. Dazu könnten im Rahmen der Finanzverfassungsreform die gesetzlichen Voraussetzungen geschaffen werden.

Gründung sind inzwischen 15 Grup-3. Die Abschaffung der Westdeutschen Rektorenkonferenz (WRK) und Gründung einer Bundesuniversitätenkonferenz (BUK), bei der Professoren, Mitglieder des Universitätsmittelbaus und Studenten paritätisch vertreten sind. So-lange die WRK weiterbesteht, ist zu fordern, daß die Hochschulen neben dem Rektor vom ASTA-Sprecher vertreten werden.

Aussetzung oder Einstellung aller Verfahren gegen studentische Demonstranten, bis zu einer Klä-rung der bestehenden Rechts-unsicherheit über die Grenzen des Demonstrationsrechts.

Nach Rücktritt des alten Vor-standes wurden Joachim Weller (Köln) zum ersten Sprecher, Hubert Wagner (München) und Anton v. Koordinationsstelle, von deren Be-fürwortung die Vergabe außeretat- den Sprechern gewählt.



Betr.: ,Aufklärung' von oben? Gesinnungszwang bei Zwischenprüfung - BSZ Nr. 31

Da ich selbst an dieser Zwischen-Da ich selbst all dieset Zwischen prüfung teilgenommen habe, seien mir folgende Anmerkungen er-laubt: 1. Wenn Herr Kasper meint, die Studenten hätten in der Zwischenprüfung unter "Gesinnungs-zwang" gelitten, hätten sich einer "repressiven Situation" ausgelie-fert gefühlt oder gar die Beantwortung der Fragen "zähneknir-schend" erledigt, so mag bei ihm wohl nur der Wunsch der Vater des Gedankens sein. Nach meiner eigenen Beobachtung war bei den Kommilitonen, die in meiner Nähe saßen, jedenfalls eine andere Reaktion auf die Verlesung des Prü-fungstextes zu bemerken: Nach anfänglicher Verwunderung machte sich ein eher belustigtes Lachen breit — so wie man vielleicht lacht, wenn einem jemand sagt, man habe ein großes Loch im Strumpf — und nach einem ungläubigen Blick bemerkt man, daß es stimmt. (Womit ich behaupten will, daß es durch-Studenten gibt, die sich mit guten Gründen hinter die im Prüfungstext vertretene Auffassung stellen können.) . . .

2. Völlig unsinnig ist es, daß Herr Kasper den einen Studenten rühmt, der es "wagte", die gestellten Fragen nicht zu beantworten. Die Kon-sequenz dieses Verfahrens wäre, daß demnächst auch beispielsweise die Beantwortung der Frage nach Shakespeares Staatsauffassung verweigert werden müßte, da ja dessen Meinung heute kaum jemand teilen dürfte. Wenn Herr Kasper dann auch noch schreibt, der Prüfungstext sel in "unverschämter Weise manipulativ", so kann man diese Unterstellung nur als unverschämte Beleidigung studentischer Urteilskraft zurückweisen. 3. Zum Prüfungstext selbst ist zu sagen durchaus nicht "mit nicht konkretisierten Begriffen demago-gisch jongliert" — daß dieses Ver-fahren aber leider auf Herrn Kaspers eigene Argumentation zutrifft! Denn wo im Prüfungstext wird "Napalm auf Menschen" und "Inhaftierung von Studenten" befür-

Solange studentischer Protest sich in der Form äußert, wie sie im Prüfungstext kritisiert wird, muß man sich fragen, ob es den Demonstranten nicht eher um Krawall geht als um die Durchsetzung ihrer politischen Forderungen dann wird ihnen jegliche morali-Legitimation abzusprechen oder ob sie nicht erkennen, Legitimation daß sie durch ihr Verhalten ihren eigenen Zielen schaden (wie z. B. Dutschke der größte Verräter seiner Ideale selbst ist), indem sie poten-tielle Verbündete vor den Kopf stoßen — dann aber haben sie wahrhaftig "not intelligence enough to deserve a... place within the university"! Manfred Kaiser

BSZ-Leser antworten

Betr.: Nur acht kamen durch BSZ Nr. 31

Liebe Kommilitonen! Ihren Artikel "Nur acht kamen durch" in Ausgabe 31 auf Seite 2 habe ich mit besonderem Interesse gelesen. Über die Problematik solcher Prüfungen bin ich unterrichtet, da ich diese Prüfung auch mit-machen mußte. Diese Prüfung ist obligatorisch für alle ausländischen Studienbewerber. Ich gebe zu, daß diese Prüfung hohe

Anforderungen stellt. Wir müssen aber berücksichtigen, daß es sich hier um ein Hochschulstudium handelt. Es ist ein großer Unterschied, ob man die Sprache kennt oder be-herrscht. Auf der Universität muß man in seinem eigenen Interesse die Sprache einfach beherrschen. Es hat wirklich keinen Zweck, daß man sein Studium mit mittelmäßi-gen oder minderwertigen Sprachkenntnissen anfängt. Erstens wird man die Vorlesungen nicht verstehen und bearbeiten können; zweitens wird das Studium dadurch viel länger, wenn nicht evtl. sogar fehlschlagen. Daß die Texte dieser Prüfung teilweise aus dem "Spie-gel" sind, ist nichts nachteiliges, ienn welcher Professor benutzt die Bild-Zeitung-Sprache. Das Pro-blem wäre zu beseitigen, wenn das Aufbaustudium anders gestaltet würde, Die Dauer dieses Kursus sollte 2 Semester dauern. Im ersten Semester sollte wie bisher allgemein Deutsch unterrichtet werden; das zweite Semester die Fachrichtung berücksichtigen, so daß es den Fachausdrücken und Fachproble-men gewidmet ist. Diese Erfahrung haben die anderen Universitäten gesammelt und herausgefunden, daß 2 Semester vollkommen aus-reichen, um dem Hochschulstudium gewachsen zu sein. Ahmed Allam

Betr.: "Psychologen gegen numerus

clausus" — BSZ Nr. 31 In der o. a. Ausgabe der BSZ stand in dem Artikel "Psychologen gegen numerus clausus" (1. Seite) die

"Das Sekretariat handelte auf Anweisung des Instituts, das dazu überhaupt nicht kompetent war. Dazu folgende Richtigstellung Richtigstellung: "Fachvertreter des Psychologischen Instituts haben dem Sekretariat keinerlei "Anweisung" gegeben, die Immatrikulation zu verweigern, wenn kein Zulassungsbescheid vom Zuweisungsausschuß der Fakultät der Abt. III vorliegt."

Professor Heckhausen

[Dazu unser Informant Herr Koenig: Tatsache ist, daß die Immatrikulation für Hauptfachpsychologen verweigert wurde, wenn kein Zulassungsbescheid vorgewiesen werden konnte. Da das Sekretariat behauptet, so etwas sei nicht pas-siert, und das Psychologische Insti-tut die Anweisung nicht gegeben haben will, bleibt die Frage, warum es trotzdem geschah.]

Sie haben Lust

Ihr Auto zu verkaufen (Tonband, Bücher, Schreibmaschine, Kamm, Seife usw.), die Freun-din zu wechseln?

Sie suchen jemanden,

der Ihre Arbeit tippt, für Sie ins Examen steigt oder Ihre Zimmerwirtin umbringt?

Mit einer KLEINANZEIGE IN DER BSZ gelangen Sie rasch ans Ziel Ihrer Wünsche.

Für Studenten ermäßigter Preis: 1,- DM pro Zelle. Annahme: Baracke VIII, Studentenwerk, täglich von 10.00 bis 14.00 Uhr.

Es ist ein faszinierendes, in seiner Suggestivität und Perfektion noch heute, nach fünfzig Jahren, auch den unter völlig anderen gesell-schaftlichen Umständen lebenden Betrachter beeinflussendes Reper-torium ästhetischer und sozialer Revolution, daß der "Studienkreis Film" vom 15.—17. November unter dem Titel "Sowjet-Film — Von der Revolution bis zum zweiten Weltkrieg" aufschlägt. Aus Moskauer Archiven werden zwölf der größten

Sowjet-Filme, teilweise letztmals in Deutschland, vorgestellt (u. a. S. Eisensteins "Oktober", "Die Mutter" von W. Pudowkin, Dow-schenkos "Erde", Dsigans "Wir von Kronstadt", Michail Romms "Fett-klößchen" und "Das Glück" von A. Medwekin).



"Studienkreis Film" zeigt vom 15.- 17. November russische Revolutionsfilme.

NPD - Kein brauner Fleck

Unser Selbstverständnis als Studenten in der Ruhr-Universität fordert die permanente kritische Auseinandersetzung mit den Phänomenen unserer Gesellschaft. Am 16. 11. 68 will die NPD in der Siegerlandhalle ihren Landesparteitag durchführen.

Über die NPD kann es keine Illusionen geben, ihre Ideologie bedeu-tet die Beseitigung der Demokratie. Der Kampf der Demokraten muß der NPD gelten - aber er muß zugleich den politischen und gesellschaftlichen Ursachen des neu auf-tretenden Faschismus gelten. Die NPD ist kein Zufallsprodukt, sie ist kein isolierter brauner Fleck in einer ansonsten blütenweiß demo-kratischen Landschaft. Die NPD ist auf dem Boden nationalistischer und antidemokratischer Tendenzen in der herrschenden Politik der Bundesrepublik gewachsen, die NPD ist nur der extremste Aus-druck einer allgemeinen politischen Entwicklung in unserem Lande die immer weiter nach rechts treibt.

Die NPD erhielt ihre Chance

durch die Restauration der alten Besitz- und Machtverhältnisse durch die Rüstungs- und Notstandspolitik, gegen die nicht zuletzt wir zusammen mit Bochu-mer Arbeitern demonstrierten und agitierten.

durch die Weigerung großer Teile der Regierung, die Ergebnisse des Zweiten Weltkrieges anzuer-

Gegen die Ursachen des neuen offenen Faschismus wirkt, wer den heimlichen Faschismus bekämpft, wo immer dieser auftritt.

Faschismus in unserem Lande keine Chance mehr zu geben demokratische Alternativen in Wirtschaft und Gesellschaft durchzusetzen, sollte nicht zuletzt unsere Aufgabe sein. Als politische Alternative zur zunehmenden Faschisierung unserer Gesellschaft muß durch die progressive Ausle-gung der Mitbestimmungsforde-rung, die Demokratisierung und die öffentliche Kontrolle aller gesellschaftlichen, politischen und wirt-schaftlichen Bereiche gegenübergestellt werden.

Demonstrieren Sie mit uns gegen den offenen und gegen den heim-lichen Faschismus am 16. November um 9 Uhr vor der Siegerland-halle und um 11 Uhr auf dem Bismarckplatz.

SHB SDS HSU ESG KSG

der Filmgeschichte, die, von einem jetzt-Aspekt aus, nur noch unter historisch klassifizierender kategorisierender Distanz gesehen werden können, haben diese Sowjet-Filme der zwanziger und dreißiger Jahre noch immer eine so unmittelbare Ausstrahlung, daß sich selbst ein zur verkündeten Ideologie diametral stehender Betrachter ihrem nicht entziehen kann. Dies Faszinationskraft hat thre Ursache darin, daß die Ideologie nicht vordergründig lehrhaft, aufdringlich und trivial dem Medium gewaltsam aufgepflanzt ist, sondern daß dieses Medium in seinen technischen und ästhetischen Möglichkeiten von allem Anfang an in der UdSSR als die ideale Verbreitungsmöglichkeit der sozialistischen Ideologie erkannt und kultiviert wurde: Film nicht als Vehiculum für Ideologie,

sondern Film als Ideologie.

In kluger, die Möglichkeiten dieses neuen Instruments in allen Konsequenzen voraussehender Erkenntnis dekretiert Lenin 1922, knapp drei Jahre nach der Geburt des Sowjet-Films: "Der Film ist für uns die wichtigste aller Künste..." Und Stalin 1924: "Der Film ist das stärkste Agitationsmittel für die Massen. Unsere Aufgabe besteht darin, es wirksam in die Hände zu nehmen . .

Während nun zur gleichen Zeit in den kapitalistischen Filmländern der Welt, bestimmt durch kommerzielle Privatinteressen, vornehm-lich der Unterhaltungsaspekt dieses Mediums in allen Varianten durchgespielt wurde, präzisierte man in der Sowjetunion von allem Anfang an die Funktion des Films auf die Vermittlung von Wirklichkeit, sah man seine soziale Funktion in der Verbreitung von Ideolo-

"Filmchronik" diente als Grundlage der neuen Kunst. Dsiga Wertow, in einer Publikation "Publizist und Poet des Dokumentar-films" genannt, verkündete die Diktatur des Fakts. Sinn und Er-füllung des Films ist für ihn "das Leben, so wie es ist", mittels des allmächtigen "Filmauges" der Kamera. Zwei seiner bedeutendsten Kameraschöpfungen werden an diesem Wochenende gezeigt: "Leninskaja Kinoprawda" von 1924 und "Der Mann mit der Kamera"

Marburger Manifest

Am 14. 11. findet eine Vollversammlung aller Universitäts-mitglieder statt, auf der das Manifest der reaktionären Professoren diskutiert wird. Der AStA hat zu diesem Zweck eine Kritik des Marburger Manifestes erarbeitet, die der Versammlung zur Beschlußfassung vorgelegt wird. Mate-rialien zu dieser Veranstaltung erscheinen in den nächsten Tagen.

Signale einer neuen Wirklichkeit (II) reiner Dokumentarfilm, zeigt Lenin nach dem Attentat 1918 während seiner Reden auf dem Totenbett. In "Der Mann mit der Kamera" verwirklicht Dsiga Wertow am konsequentesten seine Auffassung vom "Kinoauge", die die Kamera zum untrüglichen, allumfassenden, sprachunabhängigen Erkenntnisorgan des Menschen emporhebt. Kr.

Die Reise zu den Vätern

Mit dem deutschen Staats-besuch auf der iberischen Halbinsel begann ein neuer Ab-schnitt bundesdeutscher Aus-landsbeziehungen. Selbst Ade-nauer, obwohl Franco persönlich zugetan, hatte es zu seinen Amtszeiten vermieden, den spanischen Diktator zu treffen.

Kiesinger, um Stärkung der NATO bemüht, wollte die Nationalisten an Ebro und Tejo warnen, künftig eine blickfreie Politik zu steuern. Mangel an demokratischer Legitimation störte den deut-schen Regierungschef, selbst ein Mann mit "Vergangenheit", an den umworbenen Partnern nicht. Es komme beiden Regierungen darauf an, so meinte er, verbindlich in die Kameras lächelnd, den Frieden zu sichern und beiden Ländern die Freiheit zu erhalten. Spa-niens Freiheit der Ausbeutung, Zuchthäuser und Garrotte, und welche Freiheit für Deutsch-

Prompt schrieb die Athener Abendzeitung "Estia": "Nun hoffen auch wir, daß die Wendung der deutschen Bundesrepublik gegenüber der spa-nischen Diktatur die deutsche Sozialdemokratie und ihre Journalisten zwingen wird, ihre Haltung auch Griechenland gegenüber zu ändern."

Die CDU/CSU gleichfalls zu bitten hätte wohl geheißen, Faschisten nach Athen zu tragen. Einer ihrer prominentesten Vertreter, Bundestags-vizepräsident und Ex-Minister Richard Jäger, durfte in Portugal behaupten, die Kämpfer, die in Portugiesisch-Afrika ihr Leben ließen, seien "nicht nur Soldaten Portugals, sondern auch Soldaten Europas"

Wer immer noch auf demower immer noch auf deino-kratische Opposition von seiten der SPD gehofft hatte, wurde herb enttäuscht. Am Montag erklärte Willy Brandt, Spanien und Portugal dürften kein weißer Fleck auf der Land-karte bleiben. Die Zusammen-

arbeit liege in der Luft, Fazit: Die ganz große Koali-tion ist kein Tummelplatz für linke Demokraten.

Heil Abendland! Alois Kircher

WZZS



bewährt und weltbekannt





SCHAUSPIELHAUS BOCHUM Hans Schalle

SCHAUSPIELHAUS

3. Hauptkonzert Prinz Friedrich von Homburg

Ein Sommernachtstraum Die Fledermaus (G) Wir bombardieren Regensburg

KAMMERSPIELE

Der eingebildet Kranke

Der Teufelsschüler 2. Kammerkonzert

Spielplan für die Zeit vom 7. November bis 24. November 1968, Anderungen vorbehalten!

7. 11. (Do.), 8. 11. (Fr.) Wisderholung 9. 11. (Sa.), 10. 11. (So.) 16.30 und 20.00 Uhr, 12. 11. (Di.), 13. 11. (Mi.) 11. 11. (Mo.), 21. 11. (Do.), 22. 11. (Fr.)

14. 11. (Do.) 15. 11. (Fr.) Premiere, 16. 11. (Sa.), 20. 11. (Mi.)

8. 11. (Fr.), 9. 11. (Sa.), 10. 11. (So.) 16.30 und 20.00 Uhr. 12. 11. (Di.), 18. 11. (Mo.) 14. 11. (Do.) Premiere, 15. 11. (Fr.) 21. 11. (Do.)

Beginn der Veranstaltungen: 20 Uhr, sofern nichts anderes angegeben. Kerten für Studierende 50 % ermäßigt, Anrechtscheine auf Ermäßigung sind im Sekretariat der Studentenschaft erhältlich (Baracke 8, hinter der Mensa).

(G) - Aufführung des Musiktheaters im Revier, Gelsenkirchen.

Millionen sahen **Kolles** Filme:



sein Buch gehört dazu!

Oswalt Kolle Das Wunder der Liebe Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Dr. Hans Giese

320 Seiten. Leinen mit vierfarbigem Schutzumschlag

»Ich betrachte es als meine wichtigste Aufgabe, die Menschen von Unwissenheit und Schuldgefühlen zu befreien.«

Bertelsmann Ratgeberverlag Oswalt Kolle



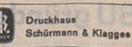
Niederlassung Bochum · 463 Bochum, Huestraße 30 · Telefon 60701-10 Zweigstellen: Gerthe, Hofstede, Langendreer



Tobacco von DM 2, - bis DM 6,-

Sratispröbchen durch EXCLUSIV TOBACCO
63 Landshut, Postfach 5/8

Das Druckhaus anspruchsvolle Kunden



Hans-Böckler-Straße 12-16 Ruf 6 47 46-48

Bochumer Studenten Zeitung

Herausgebert Vorstand der Studentenschaft

an der Ruhr-Universität Verantwortlicher Redakteur: Alois Kircher

Anzelgenleitung: Christine Schipplick Anschrift: 463 Bochum, Lennershofstralle 66 (Ruhr-Universitäti

Bankverbindungen: Städt. Sparkasse Bochum, Nr. 720 666; Westfalenbank AG. Bothum,

Nr. 90.685 9 Auflage: 8000 Exemplare

Druck: Schürmann & Klagges, 463 Bochum, Hans-Böckler-Straffe 12-16 Mit Namen oder Pseudonym gekennzeichnete

Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.

Alle Rechte beim Universitätsverlag Bochum, im Studentenwerk Bochum e.V., 463 Bochum, Lennershofstr. 66, Tel. 51 14 57 und 399 3112.